66. Jahrgang. № 260

Dienstag, 6. Juni 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,— M., vierteljährlich 90,— M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile 7,— M., außerhalb Sachsens 8,— M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile 5,— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2,— M.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Leinenhaus F. A. Horn Ferdinandstr. 3
Daunendecken — Steppdecken
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(neben Alt-Cachmeyer)
Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Die Anleihefrage in der Schwebe.

Frankreichs Standpunkt in der Reparations- und Anleihefrage.

Eine neue Washingtoner Konferenz?

Paris, 4. Juni. „New York Herald" erklärt, gestern vormittag in amtlichen Kreisen erfahren zu haben, daß die französische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sowohl die Frage einer Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld als die der Konsolidierung, Streichung oder anderweitigen Regelung der Kriegsschulden der Alliierten nur auf diplomatischem Wege erörtert werden könnten. Frankreich habe seine Zustimmung zur Einberufung des internationalen Anleiheausschusses in Paris nur unter der Voraussetzung erteilt, daß dieser sich ausschließlich mit dem Betrage einer deutschen Anleihe in Amerika und in den neutralen Ländern, sowie mit den erforderlichen Garantien befasse. In Frankreich vertraue man darauf, daß eine Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Goldmark unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei. Die französische Finanz hoffe jetzt auf eine neue Washingtoner Konferenz, die sich ganz mit der Reparationsfrage und den Kriegsschulden beschäftigen werde, und es verlautet, daß in Washington in den nächsten Tagen sowohl von London, als von Paris aus in bezug auf die Möglichkeit einer allgemeinen Finanzkonferenz im Spätsommer sondiert werden solle. (W. T. B.)

Verschiebung der Kommissionssitzung.

Paris, 5. Juni. Wie der „Temps" mitteilt, ist die für morgen anberaumte Sitzung der Reparationskommission, in der die vom internationalen Anleiheausschuß aufgeworfene Frage entschieden werden sollte, ob Deutschland zum Zahlungsplan von London verpflichtet sei, wegen der Abwesenheit verschiedener Delegierten verschoben worden. (W. T. B.)

Meinungsverschiedenheiten im Anleiheausschuß.

London, 4. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt zu der innerhalb des Anleiheausschusses bestehenden Meinungsverschiedenheit, es handle sich um die Frage, ob der Ausschuß die Kreditfähigkeit Deutschlands unter Berücksichtigung der großen deutschen Reparationsverpflichtungen zu erörtern befugt sei. Auf der einen Seite werde dies als ein Versuch des Anleiheausschusses angesehen, die Vorrechte der Reparationskommission an sich zu reißen. Auf der anderen Seite werde erklärt, wenn Deutschland Geld geliehen werden soll, so müsse der Anleiheausschuß die Verpflichtungen Deutschlands prüfen. Nach der Meinung der Bankiers könnten das Reparationsproblem und das Anleiheproblem nicht voneinander getrennt werden.

Nach Ansicht des Berichterstatters der „Times" scheint die Unterbrechung der Sitzungen zu bedeuten, daß die Reparationskommission zu einer Erörterung über die Funktionen des Anleiheausschusses schreiten wird. Man habe gehofft, daß eine Rückverweisung an diese Kommission nicht notwendig sein werde. Aber auch in der Reparationskommission seien die Ansichten geteilt.

Große oder kleine Anleihe?

Paris, 4. Juni. Der Frage der internationalen Anleihe widmet „Petit Parisien" eine längere Betrachtung. Nach seiner Ansicht habe der internationale Ausschuß noch nicht endgültig zwischen den beiden Kombinationen eine Entscheidung getroffen, die er anempfehlen könne. Die erste Kombination bestehe darin, auf dem internationalen Markt eine ziemlich große Anleihe unterzubringen. Das wäre jedoch nur möglich, wenn man die Herabsetzung der gesamten Schulden Deutschlands anempfehle, indem man einen gleich großen Betrag der interalliierten Kriegsschuld annulliere. Diese Kompensationsfrage könne möglicherweise erst dann gelöst werden, wenn Amerika seine Haltung zur Schuldenfrage ändere. Eine zweite viel bescheidenere Operationsmöglichkeit, für die seit dem Monat März Finanzminister de Lasteyrie und Sir John Bradburn eingetreten seien, wäre die Auflegung einer kleinen Anleihe, basiert auf Sicherheiten, und spätere allgemeine Regelung. Eine Schwierigkeit sei bisher vorhanden; denn nach französischer Ansicht würde eine derartige Anleihe Frankreich nur eine geringe Summe einbringen, da bekanntlich an erster Stelle die belgische Priorität berücksichtigt werden müsse. Einzelne Persönlichkeiten glaubten auch, ein Teil dieser Anleihe werde zur Stabilisierung der deutschen Mark verwendet werden müssen. Andere Pläne gingen dahin, den Anteil Frankreichs herabzusetzen. Deshalb sei es nicht sicher, daß der Bankierausschuß schon in der kommenden Woche den Weg zur Lösung des Problems finden werde. Früher oder später aber müsse man durch das eine oder andere System Deutschland die Mittel liefern, Zahlung dadurch zu leisten, daß es sich eine äußere Anleihe schaffe. Deutschland werde nur in dem Maße, in dem es Geld leihen könne, aufgerichtet werden. (W. T. B.)

Die schwierige Garantiefrage.

Paris, 4. Juni. Die englischen, französischen, italienischen und belgischen Bankiers werden ihre Regierungen noch vor Mittwoch informieren, daß, wenn auch die Reparationsschuld von 132 Milliarden nicht vermindert würde, es doch möglich wäre, daß eine Anleihe zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde zustandekäme, vorausgesetzt, daß genügend Garantien gegeben würden. An dieser Garantiefrage scheint sich das Anleiheproblem aber in schärfster Weise zu stoßen; denn Voraussetzung hierfür wäre es, daß die Reparationskommission auf die ihr übertragene Generalhypothek auf Deutschlands beweglichen und unbeweglichen Besitz verzichte.

Eine neue Note der Reparationskommission an Deutschland?

Paris, 4. Juni. Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung in ihrer Note angekündigt, daß sie ihr über die noch schwebenden Fragen weitere Mitteilungen zugehen lassen wolle. Dies soll unmittelbar nach dem Pfingstfest geschehen. Der Wortlaut der entsprechenden Note wurde gestern festgelegt. Der deutschen Regierung wird darin insbesondere bekanntgegeben, daß das Garantiekomitee um den 10. Juni in Berlin eintreffen werde, um seine Arbeiten sofort aufzunehmen. Poincaré hatte eine lange Besprechung mit dem Präsidenten der Reparationskommission Louis Dubois.

Poincarés Einwirkungsversuch auf Amerika in der Reparationsfrage.

Paris, 4. Juni. Der amerikanische Botschafter Herrick überbrachte heute im Auftrage des Kongresses der Stadt Verdun die amerikanische Kriegsmedaille. In seiner Rede erklärte er, trotz aller Mißverständnisse werde die Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten andauern, da es leicht möglich sei, in einer offenen Besprechung den Weg zu den notwendigen gegenseitigen Zugeständnissen zu finden.

Der anwesende Ministerpräsident Poincaré benutzte die Gelegenheit, um eine Rede über die Reparationsfrage zu halten. Der gute Sinn des amerikanischen Volkes werde bald die „Legende vom französischen Imperialismus" beseitigt haben. Angesichts der Gefahren, denen Frankreich stets ausgesetzt gewesen sei, und nach den erduldeten Leiden müsse jedermann von gutem Glauben verstehen, daß die für die Reparationen festgesetzten Summen nicht mehr herabgesetzt werden könnten. Wenn der gerechte Schadensersatz, der versprochen worden sei, nicht bezahlt werde, dann müßten sich die Männer guten Glaubens davon Rechenschaft abgeben, daß Frankreich gezwungen sei, eine Macht zu unterhalten, um sie in den Dienst seiner Forderungen zu stellen. Frankreich halte sein Heer nicht deshalb aufrecht, um Paradezwecken zu dienen oder Ruhm zu suchen. Man hätte das Recht, Frankreich streng zu beurteilen, wenn es ungerechte Forderungen unterstützen würde, wenn es andere Nationen unterdrücken wolle und wenn es sich allen friedlichen Ablommen widersetzen würde. Derartige Absichten habe Frankreich nie gehabt. Es habe gegenüber Deutschland den Beweis außerordentlicher Mäßigung (?) gegeben. Bis jetzt hätten die Franzosen schon 24 Milliarden Franken für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete bezahlt. Die zerstörten Dörfer in der Gegend von Verdun könnten nicht wieder aufgebaut werden, die Felder seien zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Bevölkerung aber zeige sich ebenso mutig im Frieden wie während des Krieges, sie habe also ein Recht, das zu verlangen, was Deutschland ihr versprochen habe. Die besiegten Völker dürften nicht ungestraft derartige Verpflichtungen verletzen. Wenn der Friede Deutschland gestatten würde, sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern, dann würde die Sache, die die Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen verfochten hätten, eine Niederlage erleiden, und das wäre für Frankreich der Ruin und eine Erniedrigung. (W. T. B.)

Eine Verteidigungsrede Briands in Nantes.

Paris, 4. Juni. Der ehemalige Ministerpräsident Briand erklärte in einer Rede vor seinen Wählern in Nantes, die Hauptaufgabe der französischen Regierung sei die Sicherstellung des Friedens. Frankreich sei auf dem Schlachtfeld von allen freien Völkern unterstützt worden. Es dürfe deshalb bei dieser Aufgabe der Sicherung des Friedens mit seiner Macht keinen Mißbrauch treiben. Briand fuhr fort, seine politische Tätigkeit werde stark kritisiert und es scheine, daß man ihn vor den Staatsgerichtshof stellen wolle. Er werde dort mit erhobenem Haupt erscheinen und die Verantwortung für seine Regierungshandlungen übernehmen. Seine Ansicht sei gewesen, daß in einem beunruhigten Europa nichts unternommen werden dürfe, was Frankreich isolieren und neue Konflikte hervorrufen könne. Briand sprach alsdann von der Reparationsfrage und der oberschlesischen Frage, die während seiner Regierungszeit entschieden worden sei, und von der Besetzung von Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg, die die Schlüssel zu Essen seien. Die Reparationskommission habe ein Moratorium bewilligt und Kontrollmaßnahmen festgelegt, die in Cannes bestätigt worden seien. Solche Begegnungen mit den Alliierten, wie in Cannes, seien nicht zu vermeiden. Sie hätten ihre Wurzel im Versailler Vertrag. In der Reparationskommission sei je ein Delegierter der Regierungen vertreten. Wenn sie sich nicht einigten, müsse man nach dem Vertrag sich an die Botschafterkonferenz wenden, und wenn diese auch keine Einigung zustande bringe, müsse die Frage an die Alliierten zurückgegeben werden. Wenn man sich aber nicht auf Entfernung verständigen könne, bestehe eben die Notwendigkeit, sich für eine Begegnung zu entscheiden. Zu seiner Zeit habe man diese Auseinandersetzungen Konferenzen genannt, jetzt nenne man sie Meinungsaustausch. Schließlich wies Briand noch daraufhin, daß er von Lloyd George in dem Gedanken, daß, wenn Frankreich und England vor der gesamten Welt geeint seien, ein Krieg unmöglich werde, den Entwurf eines englisch-französischen Paktes erhalten habe. Darin sei gesagt, daß England der Auffassung sei, es müsse in seinem Interesse die Rheingrenze verteidigen. Bei seinem Rücktritt habe er diese Papiere zurückgelassen. (W. T. B.)

Ein Attentat auf Scheidemann.

Kassel, 5. Juni. Oberbürgermeister Scheidemann wurde während eines Ausflugs, den er gestern nachmittag in Begleitung seiner Tochter und seiner Enkelin nach Wilhelmshöhe unternommen hatte, auf dem Wege nach dem Aussichtspunkt Möllers-Ruh von einem etwa 20 bis 22jährigen Mann überholt, der ihm einen Gummiball mit 5 Zentimeter langer Stahlspitze ans Gesicht hielt und ihn daraus mit einer Flüssigkeit bespritzte, dann den Ball von sich warf und entfloh. Der Oberbürgermeister schoß aus seiner Mehrladepistole zweimal hinter dem Flüchtigen her. Unmittelbar vor Abgabe des zweiten Schusses fühlte Scheidemann eine Schwäche aufsteigen und brach nach Abgabe des Schusses zusammen. Nach einer etwa eine Viertelstunde andauernden Bewußtlosigkeit kam er wieder zu sich und konnte in seine Wohnung geführt werden. Die sofort aufgenommene Verfolgung des Täters, der nach Angabe von Zeugen den besseren Ständen angehört, und der auf der Flucht etwa 150 Meter vom Tatort einen schweren Eichenbergstock mit Spatenzwinge fortgeworfen hatte, ergab, daß er den Bergabhang hinunter und auf Nebenstraßen nach dem Bahnhof zu gelaufen ist, dort eine Fahrkarte 4. Klasse gelöst und in der Richtung nach Wabern gefahren ist. Auch in Kassel selbst sind Streifen veranstaltet worden, ohne bisher zur Ergreifung des Täters zu führen, auf dessen Ermittelung der Regierungspräsident 5000 Mk. Belohnung ausgesetzt hat.

Nach Feststellung des zur Hilfe herbeigeeilten Arztes kann es sich, nach dem Inhalte des Gummiballons und nach dem Zustande Scheidemanns zu urteilen, nur um ein Blausäureattentat handeln. Die Untersuchung der Flüssigkeit durch einen vereidigten Chemiker soll noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen. Am späten Abend erlangte Scheidemann seine volle Besinnung wieder. Am Mittwoch veranstaltet die S. P. D. in Kassel anläßlich des Attentats eine Demonstration.

Das Befinden des Oberbürgermeisters Scheidemann hat sich heute soweit gebessert, daß er im Laufe des Tages eine Ausfahrt im Automobil unternehmen konnte. Scheidemann hat bei dem Attentat keinerlei Verletzungen davongetragen. Die bisherigen Nachforschungen nach den Attentätern waren erfolglos.

Austausch der Ratifikationsurkunden des Oberschlesien-Vertrages.

Oppeln, 3. Juni. Im Laufe des heutigen Nachmittags wurden durch den Gesandten Dr. Eckardt und den Vizeminister Dr. Senda die Ratifikationsurkunden für das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 über Oberschlesien sowie für die an demselben Tage in Genf getroffenen Vereinbarungen über den Postscheckverkehr und den Verkehr an den Grenzübergangsbahnhöfen ausgetauscht. Im Anschluß hieran wurde von den Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung unter dem Vorbehalt der Ratifizierung eine Erklärung unterzeichnet, die sich auf die weitere Geltung der deutschen Gesetze in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens bezieht und einen wesentlichen Bestandteil des vorerwähnten Abkommens über Oberschlesien bilden soll. (W. T. B.)

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Juni. Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf:

Wie schmerzlich für uns auch die Trennung von unseren Brüdern und Schwestern im polnisch werdenden Oberschlesien ist, so erwächst uns doch in diesen Tagen die nächste Pflicht, mit der Aufbauarbeit in dem Teile Oberschlesiens zu beginnen, der jetzt mit dem deutschen Vaterlande wieder vereinigt werden soll. Bei dieser Arbeit will der Oberschlesische Hilfsbund ein wichtiges Werkzeug sein. Er will helfen, die Wunden jeglicher Art zu heilen, die in der Vergangenheit dem oberschlesischen Volke geschlagen worden sind, er will helfen, daß in der Zukunft unsere Brüder und Schwestern an ihrer deutschen und oberschlesischen Art festhalten können.

Das deutsche Volk wird nie vergessen, daß die Oberschlesier in diesen schicksalsschweren Jahren standhaft und treu für ihre Heimat eingetreten sind. Der Oberschlesische Hilfsbund braucht noch Mithelfer, Freunde und Gönner. Hier ist eine Gelegenheit, durch die Tat zu danken und zu helfen.

Ebert, Reichspräsident. (WTB.)

Die Wirkung des Belagerungszustandes.

Beuthen, 4. Juni. Die Wirkung des Belagerungszustandes ist zufriedenstellend. Der Terror hat im allgemeinen nachgelassen. Ein neuer Anschlag wird nur aus Bobrek gemeldet, wo Banditen in das Direktionshaus der Julienhütte eindrangen. Die Bande wurde nach einem Feuergefecht vertrieben. Engländer sind noch in der Nacht von Beuthen aus in die Landgemeinden abgerückt und halten sie besetzt. Aus Rybnik und Sohrau wird Ruhe gemeldet.

Die Gewerkschaften von Ratibor protestierten gegen den Terror. In Gleiwitz wurde von den im deutschen Ausschuß vereinigten Parteien und Gewerkschaften ein Aufruf zur Ruhe erlassen.

Die Feiertage sind in den Kreisen Kattowitz, Laurahütte, Tarnowitz und Pleß ruhig verlaufen. In Birkenhain sind deutsche Beamte verjagt, aber später wieder aufgefordert worden, den Dienst wieder aufzunehmen. In Charlo und Birkenhain wurden während der Feiertage die Grenzpfähle entfernt. In Beuthen wurde in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag das am Hotel Lomnitz angebrachte Hoheitsschild des polnischen Konsuls von unbekannten Händen entfernt.